



Liebe Genossinnen und Genossen,

die zweite Ausgabe 2014 liegt vor Euch - mit einer Bandbreite an Themen und Beiträgen.

Ich freue mich, dass Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, erneut mit einem Beitrag vertreten ist. „Den frauenpolitischen Stillstand überwinden“ - eine zentrale Forderung, wenn wir als Partei den Anspruch haben, Frauen für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Ebenfalls freue ich mich darüber, dass auch Klaus Huchthausen, unser Bürgermeister und Kandidat bei der Wahl am 25. Mai 2014, wieder einen Beitrag beigesteuert hat. Sein Thema ist der demografische Wandel. Diesem zu begegnen und offensiv zu gestalten, ist die Aufgabe in den kommenden Jahren.

Ein drittes Thema dieser Ausgabe ist die Herausforderung der „Inklusiven Gesellschaft“. Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Frühjahrsklausur in Hildesheim mit dem Schwerpunkt „Bildungspolitik“ gestaltet. Zum einen ging es um die anstehenden Reformen des Schulgesetzes, zum anderen um das

Thema „Inklusion in der Schule“. Die Ergebnisse wurden in der „Hildesheimer Resolution“ festgehalten. Sie formuliert konkrete Entscheidungen und Handlungs- und Diskussionsbedarfe für die nahe Zukunft. Zentrale grundsätzliche Aussage in dieser Erklärung: „Aber wir diskutieren Inklusion nicht nur vor dem Hintergrund der rechtlichen Verpflichtungen der UN-Konvention. Wir diskutieren das Thema viel mehr, weil es dem sozialdemokratischen Gesellschafts- und Menschenbild entspricht. Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation mit dem Ziel, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“ Das ist der sozialdemokratische Anspruch!

Nachdem in der letzten Ausgabe die Wahlkampfauftritte von Willy Brandt in Hildesheim aus den 60er Jahren dokumentiert wurden, findet Ihr nun eine Dokumentation von Besuchen Erich Ollenhauers als Vorsitzender unserer Partei in Hildesheim. Auch hier gilt, dass es sich damals - 1955, 1957 und 1961 - um zentrale Veranstaltungen

des SPD-Unterbezirks Hildesheim gehandelt hat. Deshalb habe ich sie hier auch aufgenommen.

Natürlich findet Ihr in dieser Ausgabe auch verschiedene Berichte und Dokumentationen von Veranstaltungen. Dazu gehören unsere Mitgliederversammlung und unser 1.Mai-Spaziergang. Dazu gehört aber auch der Unterbezirksparteitag und der Bericht vom Landesparteitag.

Nebenstehend findet Ihr die Einladung zu einer Veranstaltung in Bad Salzdetfurth. Es würde mich freuen, Euch dort zu treffen.

Ich wünsche Euch nun viel Spaß beim Lesen!

Euer Sven

Kleines Europafest im Kurpark in Bad Salzdetfurth mit:



Bernd Lange
MdEP
Kandidat für EUROPA



Henning Hesse
Bürgermeisterkandidat
für Bad Salzdetfurth

und den BürgermeisterkandidatInnen Dirk Arnecke (Söhle), Matthias Bludau (Diekholzen), Heike Brennecke (Sarstedt), Petra Heidemann (Giesen), Klaus Huchhausen (Holle) sowie unseren Abgeordneten aus Bund und Land.

Dienstag, 13. Mai 2014

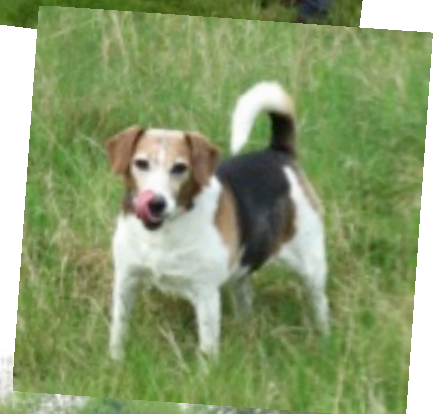
18 Uhr Geschichten aus dem Kurpark (Rundgang)
19 Uhr politische Gespräche mit Musik

Für das leibliche Wohl ist gesorgt

SPD Stadtverband Bad Salzdetfurth
SPD Unterbezirk Hildesheim
v.l.S.d.F.: SPD UB Hildesheim, Rathausstraße 13 B, 31134 Hildesheim



Unser 1.Mai-Spaziergang 2014



Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Grasdorf-Luttrum – Ortsverein ehrt Mitglieder

Am 22. März 2014 fand die turnusmäßige Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum statt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand die Ehrung von langjährigen Mitgliedern. Außerdem wurde der Ortsvereinsvorstand neu gewählt. Berichte aus der Gemeinde, den Ortschaften, dem SPD-Unterbezirk und dem SPD-Gemeindeverband rundeten die Jahreshauptversammlung ab.

„Die SPD ist und bleibt Mitgliederpartei, sie lebt vom Engagement ihrer Mitglieder“, betonte Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum. „Die Mitgliederehrung ist eine schöne Gelegenheit, hierfür Danke zu sagen.“ Für 40jährige Mitgliedschaft in der SPD wurde Karl-Heinz Huwald mit Urkunde und Ehrennadel ausgezeichnet, für 10jährige Mitgliedschaft erhielt Kurt Ewert die entsprechende Urkunde.

Im Anschluss folgten die Berichte. Waltraud Friedemann, stellv. Landrätin und heutige Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, konnte als Gastrednerin gewonnen werden. Sie nutzte die Gelegenheit für eine

persönliche und politische Vorstellung. Gleichzeitig skizzierte sie die Aufgaben, die vor dem Unterbezirk liegen.

Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde und erneut Kandidat bei der Bürgermeisterwahl am 25. Mai 2014, berichtet über die Entwicklung der Gemeinde, Karin Wieduwilt, Ortsvorsteherin in Luttrum, und Hans-Adolf Knopp, Ortsbürgermeister in Grasdorf, berichteten aus ihren Ortschaften. Für den SPD-Gemeindeverband holte Inka Uthe an der Versammlung teil. Sie gab einen Überblick über die Aktivitäten des Gemeindeverbandes im zurückliegenden Jahr.

Den Abschluss bildete die Neuwahl des Vorstandes. Sven Wieduwilt wurde einstimmig als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins bestätigt. Achim Bangel und Hans-Adolf Knopp wurden ebenfalls einstimmig als stellv. Vorsitzende gewählt. Ebenfalls bestätigt wurde Edith Knopp als Schriftführerin und Claudia Dähndel-Radtke als Kassiererin des Ortsvereins.



Mitgliederversammlung des SPD-Gemeindeverbandes Holle

Wann & wo? 2. Juni 2014, 19:30 Uhr, Gaststätte Oheberg

Was steht an? Die Neuwahl des Vorstandes, Berichte und Grußworte - u.a. von Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, Bernd Westphal MdB und Markus Brinkmann MdL

Den frauenpolitischen Stillstand beenden

von Johanne Modder MdL, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

2013 war das Jubiläumsjahr unserer Partei. Wir konnten 2013 mit Stolz und Selbstbewusstsein auf 150 Jahre Parteigeschichte zurückblicken. Wir haben viele historische Ereignisse, Errungenschaften, Erfolge, aber auch Niederlagen in Erinnerung gerufen. Dabei ist das für die SPD kein Selbstzweck, darf das auch nie werden. „Selbstverständigung, Identitätsbestimmung ist für die SPD eine notwendige und kontinuierliche Aufgabe“, so Willy Brandt 1981.

Dieses Jahr können wir auf eine gesellschaftliche Errungenschaft erinnern, die auch eng mit der Sozialdemokratie verbunden ist: 95 Jahre Frauenwahlrecht – erkämpft von der Sozialdemokratie, aber auch – und das gehört zur historischen Ehrlichkeit dazu – von der bürgerlichen Frauenbewegung. In dem 1891 beschlossenen Erfurter Programm unserer Partei war die Schaffung gleicher staatsbürgerlicher Rechte für Männer

und Frauen eines der zentralen Wahlversprechen. Der Rat der Volksbeauftragten, der im November 1918 nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs in Berlin zusammentrat, setzte mit seiner Proklamation am 12. November 1918 diese Forderung um: Das Wahlrecht für „alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“ wurde verkündet, bereits im Januar 1919 konnten Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Mit der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 wurde dieser Beschluss übernommen.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, die oftmals erfolgreiche, oftmals aber auch glorifizierte Vergangenheit zu bemühen, wenn die Gegenwart nicht ganz so erfolgreich verläuft. Aber es ist durchaus richtig und notwendig, auch an solche wichtigen Ereignisse und Weichenstellungen zu erinnern.

Für dieses Erinnern gibt es noch einen weiteren Grund: 1918/1919 wurde nach Jahrzehnten durch die Arbeiterbewegung und die bürgerliche Frauenbewegung das Frauenwahlrecht erkämpft. In den 1960er und 1970er Jahren wurden endlich

gesetzliche Beschränkungen bei Berufswahl und in anderen Lebenssituationen für Frauen überwunden. Aber von wirklicher Gleichstellung der Geschlechter ist unsere Gesellschaft noch weit entfernt. Wir müssen uns nur die Gehaltsunterschiede oder auch die Besetzung von Aufsichtsräten vor Augen führen! Die Erreichung gesellschaftlicher Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein langer und mühseliger Prozess – Rückschritte eingeschlossen. Und auch hier gilt das Zitat von Willy Brandt: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“



© Archiv der sozialen Demokratie in der FES

frauenpolitischen Stillstand in der Bundespolitik beenden will. An diesem gesellschaftspolitischen Ziel halten wir fest. Dafür lohnt es sich auch weiterhin zu streiten! Und unsere Partei hat in der Großen Koalition mehrere frauen- und gleichstellungspolitischen Initiativen auf den Weg gebracht.



© Archiv der sozialen Demokratie in der FES

Gleiche Chancen, gleiche Rechte, Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit sind die frauenpolitischen Ziele, die wir uns gesetzt haben. Wir sorgen für Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, damit gleiche Arbeit auch gleich bezahlt wird.

Ab dem 1. Januar 2015 gibt es den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Eine Verbesserung vor allem für Frauen. Wir schaffen verbindliche Regeln für mehr Frauen in

Führungspositionen. Für Vorstände und Aufsichtsräte in Unternehmen wird es eine gesetzliche Geschlechterquote geben.

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Durch mehr Investitionen in Kitas, stärkere

Rechte für Teilzeitbeschäftigte und das „Elterngeld Plus“ mit längeren Bezugszeiten, wenn einem Teilzeitjob nachgegangen wird.

Die Künstlerin Meret Oppenheim hat 1974 den Kunstpreis der Stadt Basel erhalten. In ihrer damaligen Dankesrede findet sich folgende Passage: „Es fängt bei scheinbar Äusserlichem an. Bei den Künstlern ist man es gewöhnt, dass sie ein Leben führen, wie es ihnen passt - und die Bürger drücken ein Auge zu. Wenn aber eine Frau das gleiche tut, dann sperren sie alle Augen auf. Das und viel anderes mehr muss man in Kauf nehmen. Ja, ich möchte sogar sagen, dass man als Frau die Verpflichtung hat, durch seine Lebensführung zu beweisen, dass man die Tabus, mit welchen die Frauen seit Jahrtausenden in einem Zustande der Unterwerfung gehalten wurden, als nicht mehr gültig ansieht. Die Freiheit wird einem nicht gegeben, man muss sie nehmen.“ (Quelle: <http://www.meret-oppenheim.de/dankesrede.pdf>)

Der letzte Satz gilt durchaus für alle gesellschaftlichen Situationen. Konflikt und Problemlagen.



© Archiv der sozialem Demokratie in der FES

Landesparteitag in Oldenburg am 26. April 2014

Am 26. April 2014 fand in Oldenburg der Landesparteitag der niedersächsischen SPD statt. Es war der erste ordentliche Landesparteitag, nachdem die SPD 2013 in Niedersachsen wieder Regierungsverantwortung übernommen hat. Elf Delegierte des Unterbezirks Hildesheim nahmen hieran teil. Mit dabei waren Waltraud Friedemann, Katja Schoner, Dr. Cornelia Ott, Christina Domm, Johanna Tilsner, Ulrich Bertram, Alexander Lonzen, Harald Schliestedt, Leonard Kuntscher und Sven Wieduwilt.

„Ein erfolgreicher Parteitag liegt hinter uns – sowohl im Hinblick auf die Personalentscheidungen, als auch im Hinblick auf die inhaltlichen Beschlüsse“, betonte Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim im Anschluss an den Parteitag. „Wir haben die richtigen Antworten auf die Herausforderungen, die vor unserem Land liegen. Das zeigt sich bei den Themen Wirtschaft, Arbeit und Energie. Das zeigt sich aber auch bei der Bildungspolitik und den Initiativen, die hier im zurückliegenden Jahr auf den Weg gebracht wurden.“

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Neuwahl des SPD-Landesvorstandes. Stephan Weil wurde mit einem überragenden Wahlergebnis in seinem Amt als

SPD-Landesvorsitzender bestätigt. Bei den Beisitzerinnen und Beisitzern im SPD-Landesvorstand ist zukünftig auch der SPD-Unterbezirk Hildesheim vertreten. Katja Schoner, stellv. Vorsitzende des SPD-Unterbezirks, wurde als Beisitzerin gewählt. „Es ist ein gutes Zeichen, dass der Unterbezirk Hildesheim nach langer Zeit wieder im Landesvorstand vertreten ist“, so Katja Schoner. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und hoffe, einen Beitrag zur Vernetzung der Parteigliederungen leisten zu können.“



Aktiv den Folgen des demografischen Wandels begegnen

von Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle

Im Zeichen des demografischen Wandels, d. h. einer sinkenden Einwohnerzahl mit einem gleichzeitig höheren Durchschnittsalter unserer Bevölkerung, gilt es sich der Zukunft zu stellen. Die Gemeinde Holle hat bislang - und auch nach den bekannten Prognosen - keine starke Tendenz bei dem Bevölkerungsrückgang.

Auch bei der Altersstruktur der Bevölkerung steht die Gemeinde Holle im Vergleich zu anderen Kommunen noch auf der „positiven Seite“. Aber auch hier zeichnen sich Änderungen ab.

Um aktiv die Folgen dieses demografischen Wandels zu begegnen, ist aus meiner Sicht eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich.

Die Gemeinde Holle muss weiterhin familien- und kinderfreundlich sein. Hierfür ist es notwendig, das Angebot in den Kindertagesstätten, sei es Krippe, Kindergarten oder Hort, für Kinder und Eltern weiterhin ihren Bedürfnissen anzupassen. Die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch veränderte Wünsche und Ansprüche an die Lebensgestaltung sind hierbei zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund halte ich auch ein Ganztagsschulangebot in unserer Gemeinde mit einer entsprechenden qualifizierten Betreuung für sinnvoll und notwendig.

Wir müssen den öffentlichen Personennahverkehr, sei es Bus oder Bahn, in seiner jetzigen neuen Form erhalten und weiter entwickeln. Zur Zeit können die einzelnen Ortschaften unserer Gemeinde in einem Stundentakt erreicht werden. Hierdurch ist es möglich, mit vertretbarem Aufwand Geschäfte, Ärzte, Banken und Sparkasse und Freizeit- und Sportangebote aus allen Teilen unserer schönen Gemeinde aufzusuchen. Natürlich gibt es in diesem Bereich durchaus noch **V e r b e s s e r u n g s -** u n d Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Diese müssen umgesetzt werden.

Für die Zukunft ist es weiterhin erforderlich, den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Ortschaften Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine entsprechende Funktion hatten in der Vergangenheit die örtlichen Gaststätten. Leider haben in den

vergangenen Jahren in vielen Ortschaften unserer Gemeinde eben diese Gaststätten schließen müssen. Hier besteht auch kaum eine Aussicht auf Neueröffnungen. Insofern muss diese Begegnungsmöglichkeit zukünftig in öffentlichen Räumen stattfinden. Hier sind von Ort zu Ort individuelle Lösungen zu erarbeiten.

Aber nicht nur Begegnungsstätten, auch altersgerechte Wohnungen und eine entsprechende Infrastruktur, wie zum Beispiel abgesenkte Bürgersteige werden immer notwendiger.

Auch haben wir uns in der Zukunft möglicherweise dafür einzusetzen, dass in Holle eine ausreichende ärztliche Versorgung vorgehalten wird. Es gibt Regionen in Niedersachsen (und auch anderen Bundesländern), die bei dieser wichtigen Frage vor unüberwindbare Probleme gestellt werden. Unsere Gemeinde hat zurzeit eine gute ärztliche Versorgung. Ziel muss sein, diese in Zukunft im gleichen Umfang für unsere Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten.

Aber nicht nur für unsere kleinsten Mitbürgerinnen und Mitbürger und für unsere Seniorinnen und Senioren muss etwas getan werden, sondern natürlich auch für die Generation „dazwischen“. Wichtig ist, entsprechenden Wohnraum bzw. entsprechende Bauplätze zu attraktiven Preisen vorzuhalten. Dies wird zukünftig verstärkt innerhalb der Ortslagen stattfinden. Hierbei darf nicht der dörfliche Charakter unserer Orte leiden, aber gleichzeitig müssen unsere Orte, müssen wir offen sein für Veränderungen. Ich wünsche mir lebende und lebendige Orte, die Veränderungen aufgreifen und Chancen hieraus ergreifen.

Neben dem Wohnen ist natürlich auch der Arbeitsplatz wichtig. Es muss versucht werden, die vorhandenen Gewerbebetriebe und Arbeitsstellen zu halten und zusätzliche neue Arbeitsplätze durch die Neuansiedlung von Firmen zu schaffen. Dies Ganze muss abgerundet werden durch ein attraktives Umfeld mit einem ansprechenden Angebot in den Bereichen Sport und Freizeit, wie es zurzeit von unseren Vereinen und Verbänden angeboten wird. Hinzu

**Aktuelle Informationen zu den Aktivitäten
der SPD im Gemeindeverband Holle**

<http://www.spd-holle.de>

Ordentlicher Parteitag des SPD-Unterbezirks Hildesheim am 29. März 2014

Am 29. März 2014 fand in Bad Salzdetfurth der ordentliche Parteitag des SPD-Unterbezirks Hildesheim statt. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Neuwahl des Unterbezirksvorstandes.

Waltraud Friedemann wurde zur Unterbezirksvorsitzenden gewählt. Holle ist mit Sven Wieduwilt als neuem stellv. Unterbezirksvorsitzenden im Unterbezirksvorstand vertreten.

Bernhard Brinkmann, der nicht erneut als Unterbezirksvorsitzender kandidiert hatte, wurde vom Parteitag mit langem Applaus verabschiedet.

Der Parteitag wählte ferner Bernd Westphal MdB zum stellv. Unterbezirksvorsitzenden. Katja Schoner und Dr. Cornelia Ott wurden in dieser Funktion vom Parteitag bestätigt. Schatzmeister ist weiterhin Markus Schrick, Schriftführer ist Alexander Lonzen.

Aus dem Gemeindeverband Holle nahmen Inka Uthe, Doris Bremermann, Marion Hartmann, Joachim Borrmann, Harald Müller, Wilhelm Burgdorf, Rainer Geweke und Günter Westhausen an dem Parteitag teil.

Weitere Informationen zum Unterbezirksparteitag finden sich auf der Homepage des SPD-Unterbezirks Hildesheim: <http://www.spd-ub-hildesheim.de>



Der neue Vorstand des SPD Unterbezirks Hildesheim

Vorsitzende

Waltraud Friedemann

Stellvertr. Vorsitz

Dr. Cornelia Ott

Katja Schoner

Bernd Westphal

Sven Björn Wieduwilt

Schatzmeister

Markus Schrick

Schriftführer

Alexander Lonzen

Beisitzer

Dr. Sebastian Herbeck

Iris Siekiera

Christina Domm

Heidrun Kasten

Harald Schliestedt

Markus Brinkmann

Ines Hoffmann

Ulrich Bertram

Volker Senftleben

Carola Biering

Leo Kuntscher

Pascal Kubat

Sabine Brase

Diane Thiesemann

Ulrich Gentemann

Wolfgang Dettmar

Rot-Grün auf dem Weg zu einer nachhaltigen Bildungspolitik Für Chancengleichheit und Inklusion in Niedersachsen

Hildesheimer Resolution der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion am 31. März/1. April 2014

„Ein zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Bildungspolitik sein – von der frühkindlichen Förderung über eine bessere Schulpolitik, der beruflichen Erstausbildung, den Hochschulen bis zur Weiterbildung. Nur so gelingt eine vorsorgende Politik, die zugleich soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht. Deshalb setzen wir auf bessere Bildungsstrukturen und zielgerichtete Bildungsinvestitionen und werden Bildungshürden – etwa die Studiengebühren – im Sinne von Chancengleichheit überwinden.“ („Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen. Koalitionsvereinbarung 2013-2018“)

Das Bildungssystem zu verbessern ist zentrales Anliegen der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen und der von SPD und Bündnis90/Die Grünen getragenen Landesregierung. Für uns ist klar: Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Wir haben schon viel erreicht

Mit der „Zukunftsoffensive Bildung“ wurde bereits im zurückliegenden Jahr ein wichtiges Signal gesetzt: Ausbau der Krippenplätze, Ausbau der Ganztagschulen und Qualitätsverbesserungen in der Schule.

Mit der für 2015 geplanten Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes wird der Systemwechsel von G8 zu G9 und damit zu einem modernen Abitur am Gymnasium in Niedersachsen nach 13 Schuljahren umgesetzt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass in Folge des Abiturs nach acht Jahren Stress, Lernverdrossenheit und Unzufriedenheit insbesondere bei den Schülerinnen und Schülern belastend sind.

Wir haben damit wichtige Schritte in der Bildungspolitik auf den Weg gebracht. Gleichzeitig machen wir deutlich, dass es uns nicht um Schnellschüsse geht. „Gute Bildung“ braucht Zeit. Wir wollen ein Abitur, das den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler an den niedersächsischen Gymnasien und den Anforderungen an einen modernen Bildungsabschluss entspricht.

Die SPD-Landtagsfraktion will mit der Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes mehr Bildungsgerechtigkeit zum Wohle der Schülerinnen und Schüler unseres Landes erreichen. Wir wollen ein Schulsystem, das den Interessen der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern gerecht wird und das allen

Regionen des Landes ein wohnortnahes, regional angepasstes und stabiles Bildungsangebot ermöglicht.

Aber wir wollen noch mehr erreichen

I) Rot-Grün wird die inklusive Bildungsgesellschaft weiterentwickeln

„Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieht die rot-grüne Koalition als einen entscheidenden Schritt zur Entwicklung einer inklusiven Pädagogik an. Erst dann werden alle Menschen in ihrer sozialen und kulturellen Unterschiedlichkeit respektiert, kann sich die Vielfalt der Talente entwickeln und wird allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht. Der Blick auf die Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und Ermutigung.“ („Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen. Koalitionsvereinbarung 2013-2018“)

Das 2006 von der UNO-Generalversammlung in New York verabschiedete und 2008 in Kraft getretene Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat die Menschenrechte konkretisiert, um allen die gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. 128 Staaten, so auch Deutschland, haben sich diesem Übereinkommen angeschlossen.

Es gibt über die UN-Konvention eine rechtliche Verpflichtung zur Inklusion. Aber wir diskutieren Inklusion nicht nur vor dem Hintergrund der rechtlichen Verpflichtungen der UN-Konvention. Wir diskutieren das Thema viel mehr, weil es dem sozialdemokratischen Gesellschafts- und Menschenbild entspricht. Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation mit dem Ziel, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das ist unser Antrieb, die „Inklusive Gesellschaft“ auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit Jahren die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen werden diese politische Forderung realisieren. Inklusion ist uns Aufgabe und Verpflichtung. In dieser Verantwortung handeln wir. Es ist unser erklärtes politisches Ziel, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne

Behinderungen zu fördern. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem. Die Umsetzung der Inklusion bringt eine große Verantwortung mit sich. Sie braucht Zeit und gute Bedingungen, um erfolgreich zu werden. Deshalb haben wir auch die Lehrerfortbildung deutlich ausgeweitet und mehr als 14 Millionen Euro dafür investiert.

Wir nehmen die Sorgen der betroffenen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Kostenträger, Schulbehörde und nicht zuletzt der Schulträger mit Blick auf die inklusive Schule ernst. Deshalb wollen wir der Vielfalt differenziert begegnen und berechnete Unsicherheiten und Ängste bei den betroffenen Eltern ernst nehmen.

Für das gemeinsame Ziel der Inklusion gilt es, die Abgrenzungen zwischen Ressorts und Kostenträgern zu überwinden. Denn die Finanzierung ist eine gemeinsame Aufgabe aller Ebenen.

Wir wollen aus diesem Grund der Inklusion in den Schulen des Landes die Zeit geben, die nötig ist, um das Gelingen der gleichberechtigten Teilhabe von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen zu sichern.

- Niedersachsen braucht regionale Inklusionskonzepte in der Nachfolge der erfolgreichen Regionalen Integrationskonzepte (RIK), die im Dialog mit den Akteuren vor Ort entwickelt werden, das heißt in enger Abstimmung mit den Schulträgern mit Rücksicht auf die lokalen und regionalen Gegebenheiten und Bedingungen. Wir wollen die regionalen Entwicklungen achten und darauf aufbauen.

- Die inklusive Schule, die – getragen von einer breiten parlamentarischen Mehrheit – zum 1. August umgesetzt worden ist, zeitigt erste Erfolge. Im ersten Jahr haben sich 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf für den Besuch einer allgemeinen Schule entschieden.

- Die Landschaft der schulischen Förderung im Schwerpunkt Sprache ist in Niedersachsen regional sehr vielfältig. Alle Schritte zur inklusiven Veränderung der vorhandenen Strukturen beachten diese regionale Vielfalt und ermöglichen deren Weiterentwicklung in regionalen inklusiven Konzepten. Dabei sind für uns die Grundschulen mit den Sprachheilklassen das Kernelement der Weiterentwicklung.

- Die Förderschulen mit den Förderschwerpunkten „Geistige Entwicklung“, „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Hören und Sehen“ können als Alternative zur inklusiven sonderpädagogischen Förderung weitergeführt werden. Der Elternwille entscheidet, wo das Kind unterrichtet werden soll.

- Die bestehenden Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und Soziale Entwicklung“ können grundsätzlich als Durchgangsschulen weitergeführt werden.

- Die bislang zeitlich starr festgelegte Bildung von Schwerpunktschulen in den Förderschwerpunkten „Geistige Entwicklung“, „Körperliche und motorische

Entwicklung“ sowie „Sehen und Hören“ nur bis zum 31. August 2018 soll auf Antrag des Schulträgers verlängert werden können, wenn dieser ein Inklusionskonzept zur örtlichen bzw. regionalen Schulentwicklung vorlegt.

- Im Gesetzgebungsverfahren wird es eine Neudefinition und Weiterentwicklung der Förderzentren geben.

II) Wir fordern den Bund zur finanziellen Unterstützung auf

Wir fordern den Bund auf, die im Koalitionsvertrag verabredeten 6 Milliarden Euro für Bildung den Ländern zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung zu stellen. Die Bundesländer haben unterschiedliche Herausforderungen im Bildungsbereich zu leisten. Deshalb kann es keine Bildungsförderung seitens des Bundes geben, die für jedes Bundesland gleichermaßen gilt. Das entspricht den Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition im Bund.

Niedersachsen würde anteilig von diesen Bundesmitteln 150 Millionen Euro im Jahr erhalten.

In Niedersachsen brauchen wir eine Stärkung der frühkindlichen Bildung und der schulischen Sozialarbeit an Schulen.

Mobilität im ländlichen Raum - Olaf Lies zu Gast in Holle

Wie lässt sich Mobilität im ländlichen Raum organisieren? Welche Bedeutung hat der ÖPNV – heute und in der Zukunft?

Wie lässt sich das Zusammenspiel der unterschiedlichen Verkehrsträger gestalten?

Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Mobilität im ländlichen Raum“, die der SPD-Gemeindeverband Holle am 28. April 2014 ausrichtete. Als Gesprächs- und Diskussionspartner für die Veranstaltung, die von Simone Flohr, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Sillium, moderiert wurde, konnten Olaf Lies MdL (Nds. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr), Klaus Huchthausen (Bürgermeister der Gemeinde Holle), Rüdiger Otto (Inhaber des Busunternehmens Rizor) und Georg Körner (AdFC) gewonnen werden.

In seinem Eingangsstatement betonte Olaf Lies die Bedeutung des ÖPNV. Er wies auf die Notwendigkeit hin, diesen zukünftig attraktiver zu gestalten und Wege in Richtung „intelligenter Mobilität“ zu beschreiten. Die Aufrechterhaltung von Mobilität gehöre zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge.

Wie ein attraktives Nahverkehrssystem aussehen kann, konnte Herr Otto mit seinem Busunternehmen Rizor vorstellen. Seit August 2013 hat das Unternehmen seinen Busfahrplan erheblich ausgeweitet, so dass man aus allen Ortschaften der Gemeinde Holle stündlich in gut 35 Minuten in Hildesheim sein kann, mit Anschluss an die Züge in Derneburg und Hildesheim. Zudem ist auch die Strecke Holle-Bad Salzdetfurth mit im Angebot.

Klaus Huchthausen betonte, dass die Gemeinde aber für viele auch durch die gute Anbindung an die

Autobahnen und die Bundesstraßen attraktiv ist. Mit dem zusätzlichen guten Nahverkehrssystem und den neuen Zügen der Firma ERIXX ab Dezember 2014, ist die Gemeinde zusätzlich auch in diesem Bereich sehr gut aufgestellt.

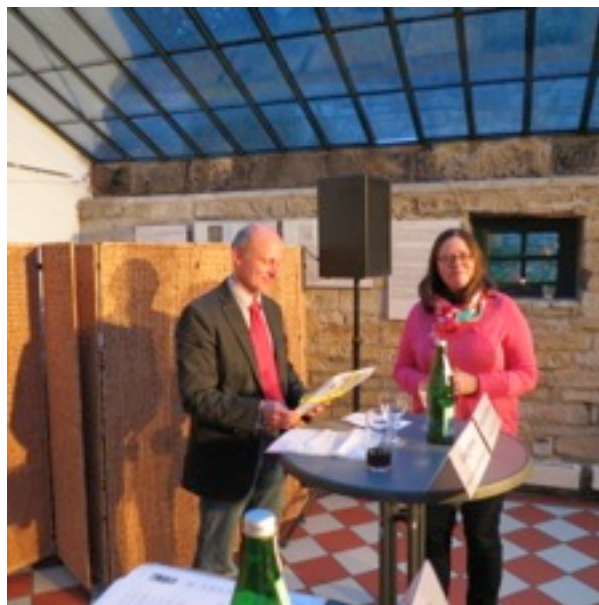
„Holle kann stolz darauf sein, aber man darf sich nicht ausruhen“, so Huchthausen. In seinem Statement hob er auch die Rolle der Automobilindustrie für die Beschäftigung in Niedersachsen hervor. Als Beispiel nannte er das Volkswagen-Werk in Salzgitter, in dem auch viele Holler Bürgerinnen und Bürger beschäftigt sind.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch die Bedeutung des Fahrradverkehrs und seine Ausgestaltung diskutiert. Im Hinblick auf die Situation in der Gemeinde Holle wurde der

Lückenschluss des Radweges zwischen Grasdorf und Holle thematisiert. Sandra Hoppe, Bürgerin aus der Ortschaft Grasdorf, überreichte Klaus Huchthausen 400 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für diesen Lückenschluss aussprechen. Auch vor dem Hintergrund, dass es sich bei dem betroffenen Straßenabschnitt um eine Landesstraße handelt, reichte Klaus Huchthausen die Unterschriften an Olaf Lies weiter, unterstrich dabei aber auch die Notwendigkeit des Lückenschlusses aus Sicht der Gemeinde. Olaf Lies zeigte

Verständnis für das Anliegen, gleichzeitig wies er auf die knappen finanziellen Ressourcen hin, sagte aber dennoch eine ernsthafte Prüfung zu.

Die Diskussion öffnete sich noch für weitere Aspekte. So wurde darauf hingewiesen, dass Mobilität heute nicht nur etwas mit Verkehrspolitik zu tun hätte. Auch die Frage eines schnellen Internet-Zuganges und damit der Breitbandausbau gehörten in diesem Zusammenhang mit auf die Agenda.



Erich Ollenhauer in Hildesheim

Nummer 178
HILDESHEIM-MARIENBURG
Montag, 3. August 1953



Tausende und über Tausende...

... trafen sich gestern nachmittag zum Sommerfest aller Schaffenden auf dem „Brockenblick“. Unübersehbar war die Menschenmenge, die dem Führer der Opposition im Bundestag, Erich Ollenhauer, bei seiner Ansprache lauschte.

Erich Ollenhauer war auf dem „Brockenblick“

Überraschungen beim Sommerfest der zehntausend

Gestern Abend blieben in der Gesandten Straße und in der Bahnhofallee die Leute stehen, um sich nach zwei jungen Männern umzusehen. Die beiden führten ein Schloß hinter sich her. Als Leitender diente dabei ein Paar Mosertrichter. Fürwahr, ein seltsames Bild auf dem abendlichen Sommerfest! Schnell sprach es sich herum: das Schloß war einer der Hauptgewinne der großen Tombola des „Sommerfestes aller Schaffenden“ auf dem Brockenblick. Für ein paar Groschen zogen diese beiden Glücklichen also mit einem lebenden Bock nach Hause. Da zog die Nachbarschaft Augen gemacht haben.

Die Halle auf der Brockenblickswiese glück einem Universal-Waagenbau, auf das die Menschen wie beim Anverkauf anstürmten. Vom kompletten Gasherd, einem Radioapparat, Lehnstühlen, Wärmflaschen, Kleider und Mänteln, Fahrradklätschen und -reifen, Elektroherden bis zu Rasenmähdern und vielem, vielen anderen schönen Dingen war alles zu gewinnen. Nebenbei wurden die lebenden Preise geteilt. Bald waren die Lose ausverkauft.

Das war auch kein Wunder. Das Sommerfest aller Schaffenden zog so viele Menschen aus Stadt und Land an, wie wohl selten auf der Waldwiese und im Restaurant gesahlt wurden. Von Jahr zu Jahr werden es mehr. Die Veranstalter hatten sich alle Mühe gegeben, ihren Gästen etwas zu bieten. Ein Höhepunkt folgte dem anderen, so daß man noch lange von diesem 2. August sprechen wird.

Am späten Nachmittag erfuhr auch der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, um zu den 10 000

(Hilflos: Veranstaltung der Redaktion)

Zum Schulbeginn

Turnhosen · Trikots · Turnschuhe

Aus Ihrem Sportfachgeschäft **Einholt**

der neue Bundestag aussah, sei in die Hände der Schaffenden gelegt, denn sie hätten die Mehrheit.

Das Sommerfest war natürlich in erster Linie etwas für die Kinder. Während die Eltern am Rand ruhen oder der Vater der Mutter eine Bockwurst holte, die Jugend sich nach dem Klängen der Kapelle Pabke auf der Tanzfläche tummelte, vergnügten sich im Kleinen mit hübschen Spielen. Sie konnten sich einen Preis von der Kleinstange holen oder eine Runde um den Platz im Papp-Wagen aus Dispositionsfahrt fahren.

Ganz besondere Freude bereitete das Tagestourenwerk. Pötrlich schob ein Boller eine Kugel in die Luft, die hoch oben im Blau perplatete und eine Überraschung freisagte. Zuerst zeigte eine große Bundesflagge mit dem Wirt gen Osten, und dann folgten alle möglichen Figuren. Der dicke Schwenkman knigte sich im Baum auf, der Gratke knickte der Hals ein, der Fußballer blieb durchsack nicht am Ball. Alle machten Verrenkungen, als ob sie gekittet würden. Die Begeisterung über dieses Schauspiel war groß.

Wiederum starteten Tausende von gelben „Jug“-Luftballons mit kleinen Kartchen in die Ferne. Diejenigen, die am weitesten fliegen, werden ihren Abenden noch einmal wahre Gewinne einbringen. In einer Ecke des Platzes waren Bunde, Kasperle und Käpten Kopf zu Gast und zogen ihre Strolche.

Die jungen Konstellierer der „Solidarität“ hatten ein dankbares Publikum. Der Menschenstrom pendelte bis in die Abendstunden zwischen Wiese und Restaurant. Die Stadtbusse liefen Hochbetrieb.

Bei Einbruch der Dunkelheit zog man mit Lampen und Musik in die Stadt zurück. Es war ein schöner Tag, dem die paar trocknen Stippen nichts anhaben konnten.



Rednerhonorar: Blumen und Zigaretten

Ein Strauß roter Nelken und ein Etüich Zigaretten waren das „Rednerhonorar“, das Willi Sauer, der Untervorstandskämmer der SPD, Erich Ollenhauer überreichte.

Siedlerfamilie feierte Geburtstag

Die große Siedlerfamilie vom Glücksteil und aus der Trillkestraße hatte am Sonntag und Sonntag die „Waldquelle“ mit Beerdigung befestigt. Sie feierte das 20-jährige Bestehen ihrer Siedlung, die am 1. August 1933 fertiggestellt wurde. Heute, am Montag, ist auch das traditionelle Kinderfest mit dem March durch die Siedlung.

Der Festausschuss, unter der Leitung von August Kersten, bemühte allerhand auf die Beine. Neben dem Lokal steht ein großer Tisch mit Lee- und Schießbuden, und hinten im Garten warten Kanusoll und Leberkäs auf jung und alt.

Den Auftakt der Geburtstagsfeier bildete ein Konzert zu dem Gemeinschaftsleiter Jark fast alle Siedler mit ihren Frauen und Kindern herüberkamen. Die Gäste, die an dem

fehlten, kamen ein Kinderspielplatz auf ein Gemeinschaftshaus. Ein Unwetter wird nun aber bald schon losbrechen. Die Siedlung erhält ein Wasserrohr. Die Stadt bereitet sich die Auszubildenden der Arbeiter zu, so daß auch die Alten die Freude erleben werden. Nicht so gut will es mit der Gasleitung. Die Siedler müssen immer noch am heißen Kälberhand stehen. Sie hoffen, daß sich die Stadtwerke auch in dieser Zeit bald entsperren können.

Grüße von der Siedlung Carlo Sauer überbrachte Gemeindeführer Fischer und Kreisgruppenleiter Hanna Janderke, die weitere Land für die Behausung zur Verfügung gestellt wurde. Die Schicklichkeit der arbeitenden Bevölkerung ist der Grundgedanke des sozialen Woh-

Erich Ollenhauer war als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei mindestens viermal im Unterbezirk Hildesheim. Die drei Besuche beim „Sommerfest aller Schaffenden“, das in den 50er und mindestens bis Anfang der 60er Jahre alljährlich stattfand, werden an dieser Stelle mit Berichten aus der „Hildesheimer Presse“ dokumentiert.

Allerdings gab es noch weitere Besuche Erich Ollenhauers in Hildesheim. Der Geschäftsbericht des SPD-Unterbezirks Hildesheim für die Jahre 1958/1959 berichtet, dass es gelungen war, „auch in der Hildesheimer Volkshochschule eine Reihe führender Sozialdemokraten zu Wort kommen zu lassen. So sprachen bei Rekordbesucherzahlen, Erich

Ollenhauer, Carlo Schmidt und Andere.“ (Schreibweisen entsprechen dem Geschäftsbericht.)

Bereits in den 20er Jahren war Ollenhauer in Hildesheim. Von 1920 - 1928 war er Sekretär des Hauptvorstandes der Sozialistischen Arbeiterjugend. Diese hielt ihre Reichskonferenz am 17./18. April 1926 in Hildesheim ab. Hieran nahm Erich Ollenhauer in seiner Funktion als Verbandssekretär teil. Der Bericht über diese Konferenz weist ihn als Redner aus. Aber dazu vielleicht in einer der nächsten Ausgaben des Rundbriefes mehr!





Alle Besucherrekorde würden gebrochen

Wohl 10000 Menschen lauschten Erich Ollenhauer auf dem Brockentüppel

Allen Umständen der Wetterprognose war trotz heftiger Gegenwindbildung keine Rücksicht zu nehmen. So wurde die Zeit aller Teilnehmer auf dem Brockentüppel im besten Sinne ausgenutzt. Das bevorstehende Ereignis übertraf den Besuch auf die Höhe des Ollenhauer-Brookens. Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Die Veranstaltung wurde durch die Gänge der Mitglieder der Ortsgruppe im besten Sinne ausgenutzt. Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Herlicher Empfang schon an der Stadtgrenze

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Kopf an Kopf

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.



Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Hildesheimer Presse, 12. August 1957
Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500



Sommerfest bei schönstem Wetter

Erich Ollenhauer gegen die Gehilgen im Wahlkampf - Zur Situation in Berlin

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.



Keine Beanstandungen bei den Kandidaten

Die Wahlberechtigten der Parteien wurden geprüft

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Gedenkraum für geliebte Josephine

Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.



Die Teilnehmerzahl betrug — schätzungsweise — zwischen 10000 und 12000 Personen, was eine Rekordzahl für die Veranstaltung darstellt.

Hildesheimer Presse, 28. August 1961
Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500



Impressum
SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum
Sven Wieduwilt
Wiethagen 3
Luttrum
Tel.: 963117
swieduwilt@spd-holle.de

